

## **C001: Wirtschaft im Wandel und der handlungsfähige Staat**

Laufende Nummer: 095

|                          |  |
|--------------------------|--|
| <b>Antragsteller_in:</b> | DGB-Bundesvorstand                                     |
| <b>Status:</b>           | angenommen in geänderter Fassung                       |
| <b>Sachgebiet:</b>       | C - Wirtschaft im Wandel und der handlungsfähige Staat |

### **Wirtschaft im Wandel und der handlungsfähige Staat**

Der DGB-Bundeskongress beschließt:

#### **1. Den wirtschaftlichen Wandel gemeinsam gestalten**

Deutschland steht in den nächsten Jahren vor großen wirtschaftlichen Herausforderungen. Eine dieser Herausforderungen ist die Digitalisierung, die alle Branchen der Volkswirtschaft erfasst. In den Dienstleistungen breiten sich internetgestützte Geschäftsmodelle aus. Unter dem Schlagwort „Industrie 4.0“ werden immer mehr industrielle Produktionsprozesse vernetzt und dezentral gesteuert. Zusammen mit dem vermehrten Einsatz von 3D-Druckern und kollaborativen Robotern verändern sich Produktivität und Arbeitsbedingungen in der Industrie. Auch im Handwerk wird die Leistungserstellung zunehmend digitalisiert.

Die Herausforderung des Klimawandels erfordert es, unsere Wirtschaftsweise nach Kriterien der Nachhaltigkeit umzubauen. Um die Klimaziele von Paris einzuhalten, müssen die CO<sub>2</sub>-Emissionen in den Bereichen Energiewirtschaft, Industrie, Gebäude, Verkehr und Landwirtschaft weitgehend reduziert werden.

Globalisierung, die Weiterentwicklung der Europäischen Union und der demografische Wandel stellen neue Anforderungen an Gestaltung und Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft.

Es gilt, diese Megatrends gemeinsam so zu gestalten, dass ihre Vorteile allen zugutekommen und negative Auswirkungen vermieden werden. Nur wenn alle gesellschaftlichen Akteure zusammenarbeiten, wird eine „Just Transition“ – ein gerechter Übergang – in eine sozial-ökologisch ausgerichtete Wirtschaft des 21. Jahrhunderts, die den Wohlstand der Menschen mehrt, gelingen.

Wir stehen für ein inklusives und qualitatives Wachstum, das die Grenzen der natürlichen Lebensgrundlagen respektiert und mit den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen im Einklang steht. Wir werden uns auseinandersetzen müssen mit nachhaltigen Formen des Konsums und des Lebensstils und mit neuen Formen der Kombination von Arbeit und Wohnen. In den Diskussionen um Nachhaltigkeit ist es dabei die Rolle des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften, insbesondere die soziale Dimension der Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt der Debatte zu rücken.

Als Gewerkschaften gestalten wir den sozial-ökologischen Umbau entscheidend mit, indem wir über Tarifpolitik und Mitbestimmung eine nachhaltige Entwicklung von Unternehmen und Dienststellen einfordern und im Dialog der Sozialpartner durchsetzen. Aber auch andere sind gefragt. Denn die Steuerung von Entwicklungen, die Jahrzehnte in die Zukunft reichen, ist eine Aufgabe, die alle gesellschaftlichen Akteure fordert und neue Ansätze auf allen Ebenen nötig macht – von der Kommune über den Nationalstaat bis hin zur europäischen und globalen Ebene.

Die Bewältigung der Transformation muss dabei einhergehen mit der Lösung bereits bestehender Probleme. Denn noch ist Deutschland schlecht auf den Wandel vorbereitet. Die Triebkräfte des Strukturwandels treffen auf eine Gesellschaft, die

bereits heute von wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit sowie Ungleichheit geprägt ist. Die Dominanz des Finanzmarktkapitalismus und die Orientierung am „Shareholder Value“ haben in vielen Branchen zu gravierenden Änderungen in der Unternehmenskultur geführt. Prozesse des Outsourcing und der zeitlichen und örtlichen Entgrenzung betrieblicher Strukturen und Abläufe stellen die Tarifpolitik und die Mitbestimmung vor neue Herausforderungen. Nach wie vor orientieren sich Unternehmensführungen oft an der kurzfristigen Rendite und nicht an einem nachhaltigen Erhalt und Ausbau des jeweiligen Unternehmens.

Wir brauchen wieder eine stärkere Orientierung an langfristigen Zielen, die auch die möglichen gesellschaftlichen Folgen wirtschaftlichen Handelns in den Blick nehmen – inklusive einer vorausschauenden Ausweitung nachhaltiger Unternehmensinvestitionen. Viel zu lange haben die privaten Investitionen in Deutschland stagniert – auch wegen unsicherer Rahmenbedingungen und unzureichender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage.

Hinzu kommt: Die öffentliche Infrastruktur ist aufgrund des jahrelangen Sparkurses in den öffentlichen Haushalten in schlechtem Zustand. Die Europäische Union und der gemeinsame Währungsraum sind nach Jahren einer verfehlten Krisen- und Wirtschaftspolitik und angesichts des Brexit-Votums sowie nationalistischen Tendenzen alles andere als stabil. Die neoliberale Ausformung der Globalisierung hat weltweit Ungleichheit und Unsicherheiten befördert. Auch hierauf müssen Sozialpartner und Politik neue Antworten finden.

## **2. Ungleichheit abbauen, Wohlstandsgewinne gerecht verteilen**

Deutschland ist wirtschaftlich vergleichsweise erfolgreich: Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise wurde überwunden und selbst die tiefe Krise im Euroraum führte bislang nicht zu großen Problemen in der Bundesrepublik. Die Arbeitslosigkeit ist gesunken und die Zahl der sozialversichert Beschäftigten deutlich gestiegen. Doch von dieser Entwicklung profitieren längst nicht alle. Der Arbeitsmarkt ist weiter gespalten. Jeder vierte Job ist heute atypisch. Als eine der reichsten Volkswirtschaften der Welt hat Deutschland einen der größten Niedriglohnsektoren in Europa – mehr als sieben Millionen Menschen sind von diesem untragbaren Zustand betroffen. Fast jede bzw. jeder vierte Beschäftigte arbeitet für einen Niedriglohn. Die Unterbeschäftigung liegt weit über der offiziellen Arbeitslosigkeit. Zudem sind vier von zehn Erwerbslosen langzeitarbeitslos.

Die Lohnquote – der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen – ist nach wie vor erheblich niedriger als zur Jahrtausendwende. Die Ungleichheit steigt. Das einkommensstärkste Zehntel konnte sein Einkommen von 1991 bis 2014 um preisbereinigt rund 27 Prozent steigern, das einkommensärmste Zehntel musste im selben Zeitraum Verluste von acht Prozent hinnehmen. Gleichzeitig halten die reichsten zehn Prozent rund 60 Prozent des gesamten Vermögens, während die ärmsten zehn Prozent mehr Schulden als Vermögen haben. Mittlerweile lebt jede bzw. jeder Sechste in Deutschland an der Armutsgrenze. Das sind 13 Millionen Menschen.

Die Gleichstellung von Frauen ist noch lange nicht verwirklicht. Weibliche Beschäftigte erhalten mehr als ein Fünftel weniger Geld als Männer, obwohl Mädchen bessere Schulabschlüsse als Jungen haben und die Mehrheit der Studierenden Frauen sind. Die geschlechtsspezifische Lohnlücke ist hierzulande deutlich größer als in den meisten anderen Industriestaaten. Auch bei identischer Qualifikation und Tätigkeit werden Frauen – insbesondere in nicht tarifgebundenen Unternehmen – häufig schlechter entlohnt.

Besonders junge Beschäftigte sehen sich zum Teil mit erheblich schlechteren Bedingungen in ihrem Arbeitsleben konfrontiert. Leiharbeit, Praktika, Minijobs oder Kettenverträge gehören für viele Berufseinsteigerinnen und -einsteiger zum Alltag. Knapp die Hälfte der unter 25-jährigen arbeitet befristet. In dieser für die Lebens- und Familienplanung entscheidenden Lebensphase ist für viele die Unsicherheit also besonders groß – worin auch ein Grund für die demografische Entwicklung in Deutschland liegt.

Ungleichheit ist nicht nur ungerecht, sondern auch wirtschaftlich schädlich. Denn während Niedrig- und Normalverdienerinnen und -verdiener einen Großteil ihres Einkommens direkt wieder ausgeben, Güter und Dienstleistungen nachfragen und damit die Wirtschaft ankurbeln, sparen Top-Verdienerinnen und -verdiener einen großen Teil ihres Einkommens. Auch die deutschen Unternehmen sparen im Durchschnitt ihre guten Gewinne anstatt sie zu investieren und häufen erhebliche Finanzierungsüberschüsse an. Gleichzeitig schwächt die wachsende Ungleichheit die Produktivitätsdynamik. Ein Grund dafür ist, dass sich die Ungleichheit und Benachteiligung auch in geringeren Bildungschancen und geringeren gesellschaftlichen Aufstiegschancen niederschlägt. Das ist schlecht für Wachstum und Beschäftigung.

Die langjährige Konsum- und Investitionsschwäche machte die deutsche Wirtschaft zudem immer abhängiger von der Auslandsnachfrage: Jahr für Jahr blieben die Importe nach Deutschland hinter den deutschen Exporten zurück und der Leistungsbilanzüberschuss erreicht bis heute enorme Ausmaße. In jüngster Zeit haben die vergleichsweise gute Arbeitsmarktsituation und Reallohnsteigerungen dazu beigetragen, dass die Konsumnachfrage wieder wächst und das Wirtschaftswachstum von der Inlandsnachfrage getragen wird. Damit steigen auch die Importe (bei nach wie vor gutem Exportwachstum) schneller als die Ausfuhren und der Leistungsbilanzüberschuss geht gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) langsam zurück. Inländische Investitionen und ein wachsender inländischer Konsum müssen die erfolgreiche Exportentwicklung dauerhaft ergänzen. Um die Ungleichheit in Deutschland zu bekämpfen und die Binnennachfrage weiter zu stärken, muss dabei auf verschiedenen Ebenen angesetzt werden:

- Die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften werden ihre Organisationsmacht stabilisieren und ausbauen. Sie werden verstärkt diejenigen besser organisieren, die sich in kurzfristigen und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen befinden. Sie werden gewerkschafts- und betriebsratsfreie Zonen wieder erschließen.
- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sind entschlossen, die Tarifbindung zu erhöhen. Denn mit Tarifverträgen sind die Kernbedingungen der Arbeit besser als ohne: Bessere Entgelte, bessere Arbeitszeiten, sicherere Arbeitsplätze, bessere Entwicklungschancen für alle. Tarifliche Arbeit ist wertgeschätzte Arbeit. Tarifverträge fördern Umverteilung und Teilhabe. In Deutschland haben sich in den letzten Jahren die Einkommens- und Lebensbedingungen stark auseinander entwickelt. Dass Deutschland einen der größten Niedriglohnsektoren hat, ist auch eine Folge nachlassender Tarifbindung. Nichts beeinflusst die Primärverteilung so deutlich wie Tarifabschlüsse. Eine hohe Tarifbindung in der Fläche ermöglicht bessere Ergebnisse für alle und sichert ordnungspolitisch den Unternehmen gleiche Startbedingungen im Wettbewerb guter Produkte und Dienstleistungen.
- Auch die staatlichen Akteure müssen weitere Maßnahmen ergreifen, die dazu beitragen, den Grad der Tarifbindung zu erhöhen, die Verbandsmitgliedschaft auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite zu stärken und die Tarifflicht zu erschweren. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern zudem, ein arbeitnehmerfreundliches Regelwerk auf dem Arbeitsmarkt, um damit gute Bedingungen für ein stärkeres Lohnwachstum zu schaffen. Atypische Beschäftigungsverhältnisse und der Niedriglohnsektor müssen zurückgedrängt werden. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Auch eine bessere Durchsetzung der Branchenmindestlöhne, des gesetzlichen Mindestlohns und von gesetzlichen Arbeitsstandards ist nötig.
- Eine Stärkung der Tarifbindung und Zurückdrängung prekärer Beschäftigung würde auch die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen abbauen. Berufe, die im Verhältnis zu ihren Anforderungen zu gering bezahlt werden – zumeist im sozialen Bereich und in Dienstleistungsberufen, in denen überwiegend Frauen tätig sind – müssen in Bezug auf ihre Entgelte aufgewertet werden. Hierzu muss auch die gewerkschaftliche Erschließungsarbeit in diesen Bereichen ausgebaut werden. Zusätzlich muss dieses Problem aber grundsätzlich angegangen werden. Die Arbeitszeiten der

Geschlechter müssen sich angleichen, Frauen müssen in Ausbildung, Studium und Beruf in die klassisch männerdominierten Bereiche vordringen können und mehr Führungsverantwortung bekommen.

- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern ein gerechtes Steuersystem, das Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlastet, Vermögende und finanzstarke Unternehmen stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzieht und dabei die Einnahmehasis des Staates nachhaltig stabilisiert und stärkt.

### **3. Die Herausforderungen der Zukunft angehen**

#### **3.1 Für einen handlungsfähigen Staat**

Dem Staat kommt eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der künftigen Transformationsprozesse zu. Doch schon heute kommen die verschiedenen staatlichen Ebenen ihren Aufgaben nur unzureichend nach. Die öffentliche Infrastruktur fährt auf Verschleiß. Die Abschreibungen sind höher als die Investitionen. Das gefährdet auch die Zukunftsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft. Der Grund für die Misere: Trotz aktueller Steuermehreinnahmen sind Bund, Länder und Kommunen strukturell unterfinanziert. Zusammen mit dem einseitigen Fokus auf einen kurzfristigen Schuldenabbau hat das dazu geführt, dass der Staat zunehmend an Handlungsfähigkeit eingebüßt hat.

- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, dass der Staat alle seine Instrumente – von der Auftragsvergabe über Regulierung bis hin zu Investitionen – nutzt, um die Gesellschaft gerecht und nachhaltig zu gestalten und den Strukturwandel zu einem Erfolg für alle zu machen.
- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine massive Ausweitung der öffentlichen Investitionen. Eine moderne Verkehrsinfrastruktur, aber auch eine ausgebaut digitale Infrastruktur sowie gute Bildung und Forschung sind wichtige Grundlagen für eine erfolgreiche Wirtschaft. Mehr Investitionen sind auch nötig, um allen Bürgerinnen und Bürgern ein sicheres und gutes Leben zu ermöglichen. Die Veränderung der Altersstruktur unserer Gesellschaft erfordert einen Umbau der öffentlichen Infrastruktur und zusätzliche Angebote in den Bereichen Wohnen, Verkehr, Soziales und Gesundheit. Dabei ist es wichtig, dass die Investitionen nicht zulasten anderer staatlicher Ausgaben gehen.
- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine Stabilisierung und Stärkung der staatlichen Einnahmehasis und größere Spielräume für eine Kreditfinanzierung öffentlicher Investitionen.
- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Privatisierungen und Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) können zu Preissteigerungen und Qualitätsverlusten führen sowie dazu, dass öffentliche Angebote nicht mehr allen Menschen offenstehen. Dies ist der falsche Weg und muss verhindert werden. Wie bei Vergaben in großen Losgrößen allgemein, schließen ÖPP zudem meist kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Handwerksbetriebe vom Wettbewerb aus. Oder diese Betriebe arbeiten unter erheblichem Druck auf die Arbeitsbedingungen in Subunternehmerketten mit.

#### **3.2 Private Investitionen stärken**

Rund 90 Prozent aller Investitionen in Deutschland werden von privaten Unternehmen getätigt. Soll der notwendige

sozial-ökologische Transformationsprozess zu einer schadstoffarmen und ressourcenschonenden Wirtschaft gelingen, müssen deshalb auch die privaten Investitionen in Deutschland massiv gesteigert werden. Aktuelle Untersuchungen zeigen jedoch, dass die lange Zeit rückläufige private Investitionstätigkeit in Deutschland sich immer noch auf einem unzureichenden Niveau befindet – trotz in der Regel guter Finanzierungsbedingungen und ausreichender Gewinne. In energieintensiven Zweigen der deutschen Wirtschaft wurden über lange Zeiträume sogar mehr Abschreibungen getätigt als investiert. Gerade kapitalintensive Investitionen unterbleiben oft, da Unternehmen nicht bereit sind, die Risiken zu tragen, beziehungsweise weil die Rahmenbedingungen zu unsicher sind.

- Aus Sicht des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften muss eine nachhaltige Wirtschaftspolitik mehr private Investitionen in Deutschland und Europa initiieren. Dazu muss sie Bedingungen schaffen, um die Volkswirtschaften auf einen stabilen Wachstumspfad zu führen. Wirtschaftliche Unsicherheiten müssen – etwa durch die Verhinderung spekulativer Kapitalströme, eine Stabilisierung des Euroraums mit Abkehr von der Austeritätspolitik, eine neue Krisenpolitik und durch einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Brexit-Prozess – abgebaut werden.
- Die Politik muss den privaten Unternehmen und Märkten, in Bezug auf die ökologischen und sozialen Herausforderungen, langfristige und kohärente Ziele setzen. Diese Ziele sind in entsprechende regulatorische Bedingungen umzusetzen, welche die Investitionen und Innovationen der privaten Unternehmen steigern. Dazu gehören auch ein für die energieintensiven Unternehmen tragbarer Emissionshandel und wettbewerbsfähige Strompreise.
- Mehr staatliche Investitionen schaffen die notwendige moderne Infrastruktur für mehr private Investitionen. Öffentliche Investitionen in Breitbandnetze, in eine moderne Verkehrsinfrastruktur, in Bildung und Inklusion sind eine unerlässliche Voraussetzung für mehr private Investitionen.
- Der Staat muss mehr für die Innovationsförderung von kleinen und mittleren Unternehmen tun. Es muss zudem geprüft werden, inwieweit Existenzgründungen und der Zugang junger Unternehmen zu externer Finanzierung, vor allem zur Beteiligungsfinanzierung, weiter erleichtert werden müssen. Zudem muss geprüft werden, wie das geschehen kann, ohne Private-Equity-Fonds und spekulationsanfällige Finanzprodukte, die die wirtschaftliche Stabilität gefährden können, zu fördern, und wie gegebenenfalls notwendige steuerliche Korrekturen aufkommensneutral gestaltet werden können.
- Auch eine Stärkung der Kaufkraft in Deutschland kann den inländischen Markt aus Sicht des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften wieder zu einem lukrativen Absatzmarkt machen und dazu beitragen, dass deutsche Unternehmen wieder verstärkt hierzulande investieren.

### **3.3 Strukturwandel braucht Strukturpolitik**

Die anstehenden Transformationsprozesse werden sich von Region zu Region sowie von Branche zu Branche unterschiedlich auswirken. In der Vergangenheit wurde das nicht immer ausreichend beachtet. So hat der bisherige Strukturwandel auch dazu beigetragen, dass es in allen Teilen Deutschlands wirtschaftlich starke und schwache Regionen sowie große Unterschiede zwischen ländlichen Räumen und Ballungszentren gibt. Entsprechend unterschiedlich sind die Herausforderungen für Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Strukturpolitik je nach Region, aber auch je nach Branche und Sektor.

Regionen und Branchen, die heute noch gut dastehen, könnten morgen schon von immensen Arbeitsplatzverlusten bedroht sein. Strukturelle Umbrüche müssen deshalb früher antizipiert und durch einen neuen integrierten Ansatz in der

Industrie-, Dienstleistungs- und Strukturpolitik gestaltet werden. Industriepolitische Instrumente in Form einer Innovationsförderung setzen bislang häufig einseitig bei der Förderung technischer Lösungen an und weniger bei den Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Beschäftigte.

Strukturpolitik wird in den nächsten Jahren unter gravierend geänderten Rahmenbedingungen stattfinden. Regionen, die bereits heute unter strukturellen Nachteilen leiden, drohen durch den auslaufenden Solidarpakt und die ab 2020 greifende Schuldenbremse Strukturmittel zu verlieren. Darüber hinaus steht die europäische Strukturpolitik infolge des Brexit unter Druck.

- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine aktive politische Gestaltung des Strukturwandels. Dazu gehört eine Strukturpolitik, die Beschäftigte, Sozialpartner, Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Zivilgesellschaft umfassend mitbestimmen lässt, damit sich der Wandel nach ihren Interessen und dem Wohl der Gesellschaft richtet. Ziel bleibt auch, die im Grundgesetz verankerte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu erreichen. Um Unterschiede zwischen Regionen abzubauen, müssen vorhandene strukturpolitische Koordinierungs- und Förderinstrumente sowie die Raumordnungspolitik gestärkt, in übergreifende strukturpolitische Strategien integriert und um eine neue „Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge“ ergänzt werden.
- Die Anpassung an den Strukturwandel darf nicht allein den Beschäftigten aufgebürdet werden – beispielsweise indem die Lösung allein in einer verstärkten Arbeitskräftemobilität und schnelleren Arbeitsplatzwechseln gesucht wird. Vielmehr muss die Politik mit den Sozialpartnern dafür sorgen, dass bei strukturwandelbedingtem Wegfall von Arbeitsplätzen vor Ort gleichwertige Jobs entstehen. Die sozialen Sicherungssysteme müssen es von Restrukturierungs- und Transformationsprozessen betroffenen Beschäftigten ermöglichen, diese ohne einschneidenden Einkommensverlust zu bewältigen.
- Für Regionen, die besonders vom Strukturwandel betroffen sind, müssen durch eine präventive Strukturpolitik frühzeitig Zukunftsperspektiven entwickelt werden. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern zusätzliche industrie- und innovationspolitische Maßnahmen, die auch derzeit scheinbar wirtschaftlich gefestigte Regionen und Branchen ins Auge fassen. Dies könnte mit neuen Mitteln und Finanzierungsinstrumenten und Förderprogrammen, unter Ausweitung bestehender Innovationsfonds oder der Investitionstätigkeit der Kreditanstalt für Wiederaufbau und Europäischen Investitionsbank geschehen.
- Um strukturelle Veränderungen, wie Digitalisierung, nachhaltige Mobilität oder Energiewende erfolgreich voranzubringen, muss eine Qualifizierungsoffensive von Sozialpartnern und Politik gestartet werden. Es braucht qualifizierte Fachkräfte in allen Betriebsgrößen und Bereichen – von der Kindertagesstätte bis hin zum Handwerk. Gerade KMU spielen mit ihren Fachkräften bei der Markteinführung von innovativen und nachhaltigen Produkten, Technologien, Verfahren und Dienstleistungen eine entscheidende Rolle. Hierzu sind die jeweiligen Förderinstrumente KMU-tauglich weiterzuentwickeln.
- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, dass die europäische Kohäsionspolitik fortgesetzt und gestärkt wird. Die Gemeinschaftsaufgaben „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) müssen gestärkt und dauerhaft für ganz Deutschland gesichert werden und sich an regionalen und künftigen Bedarfen orientieren. Die Bundesregierung muss sich in den nächsten Jahren dafür einsetzen, dass das europäische Beihilferecht diesen Anforderungen gerecht wird.

- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, dass die Beteiligung der Sozialpartner in regionalen Ausschüssen der Wirtschaftsförderung sowie die Einführung von Kriterien Guter Arbeit in der GRW flächendeckend ausgebaut und konsequent umgesetzt werden.

### **3.4 Eine aktive Industrie-, Dienstleistungs- und Handwerkspolitik realisieren**

Der Erhalt industrieller Wertschöpfung ist eine der tragenden Säulen des wirtschaftlichen Erfolgs in Deutschland und Europa. Doch anstatt diesen aktiv weiter zu fördern, zieht sich die Politik in Deutschland und Europa aus ideologischen Gründen viel zu oft auf ein Vertrauen in Marktprozesse zurück. Gleiches gilt für Dienstleistungen und Handwerk, die anstelle eines nachhaltigen Qualitätswettbewerbs vielfachem Kostensenkungsdruck ausgesetzt sind, dem mit kurzfristigen Billigstrategien zu begegnen versucht wird. Das ist – gerade angesichts der bevorstehenden Herausforderungen – der falsche Weg. Andere Staaten greifen längst aktiv politisch in den Markt ein und sind damit sehr erfolgreich. Der Staat lenkt dort, investiert und trägt Risiken, die sich kein Privater zutrauen würde.

- Eine aktive Industrie- und Dienstleistungspolitik muss auch hierzulande dazu beitragen, dass Deutschland in vielen technologischen Bereichen zum Leitmarkt für Industriegüter und hochwertige Dienstleistungen wird. Insbesondere durch eine moderne Verkehrs-, Daten- und Energieinfrastruktur kann der deutsche Markt selbst zum „Schaufenster“ neuer technologischer Innovationen werden und so Anreize für private Investitionen in Deutschland geben.
- Die Herausbildung einer „Industrie 4.0“ und von „Smart Services“ führt dazu, dass sich Industrie- und Dienstleistungssektor künftig noch stärker überschneiden, und bietet neue Chancen für hochwertige Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich. Allerdings haben sich in der Vergangenheit – auch getrieben durch Auslagerungsprozesse und politische Reformen – in einigen Dienstleistungsbranchen Niedriglohn-Jobs mit schlechten Arbeitsbedingungen und niedriger Arbeitsproduktivität ausgebreitet und die Digitalisierung droht diese Probleme zum Teil weiter zu befördern. Digitale Plattformen bei der Vermittlung von Dienstleistungen und Produkten über das Internet offenbaren dabei bereits heute Probleme: Die in diesen Zusammenhängen Beschäftigten können oft nicht vom Arbeitsrecht oder von sozialen Regulierungen profitieren und arbeiten häufig weit unterhalb von geltenden Tarifverträgen, Branchenmindestlöhnen oder gesetzlichem Mindestlohn. So fördern Plattformen unfairen Wettbewerb, da sie mit herkömmlichen Anbietern konkurrieren, die soziale, berufsfachliche und verbraucherpolitische Regulierungen einhalten und Tariflöhne zahlen. Regelungen, die – wie etwa die Kleinunternehmerregelung – wettbewerbsverzerrend zu Lasten von tariflich abgesicherter Beschäftigung wirken, müssen ohnehin auf den Prüfstand gestellt werden.
- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, dass die über digitale Plattformen angebotenen Leistungen unter denselben sozialen, arbeitsrechtlichen und Verbraucherschutzpolitischen Regeln erbracht werden wie herkömmlich angebotene Leistungen, damit fairer Wettbewerb gewährleistet werden kann.
- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern einen politischen Dialog über Möglichkeiten zur Kontrolle und Begrenzung der Marktmacht von Unternehmen in der Digitalwirtschaft.
- Neben dem Industrie- und dem Dienstleistungssektor ist das Handwerk eine Säule unserer Wirtschaft. Die meist kleinbetriebliche Struktur stellt eine besondere Herausforderung dar, die mit einer aktiven Handwerkspolitik und gezielten Förder- bzw. Unterstützungsangeboten für KMU und die bei ihnen Beschäftigten anzugehen ist.



- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine aktive Industrie-, Dienstleistungs- und Handwerkspolitik, die die bestehenden Wertschöpfungsstrukturen erhält und modernisiert und neue zukunftsträchtige Wirtschaftszweige fördert.
- Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte ebenso wie die Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter in Aufsichtsräten sind selbst aktive Gestalter eines nachhaltigen Strukturwandels. Sie nehmen durch Tarifpolitik und Mitbestimmung entscheidend Einfluss auf die Entwicklung von Unternehmen und Dienststellen. Das Wissen und Können der Beschäftigten und ihrer Interessenvertreterinnen und -vertreter sind ein unschätzbare Wert, wenn es darum geht, innerbetriebliche Abläufe, Produkte oder Dienstleistungen zu verbessern und Arbeitsbedingungen zu humanisieren. Sozialpartnervereinbarungen und -projekte, die diese zentralen Aspekte auf tarifvertraglicher oder betrieblicher Ebene aufgreifen, tragen wesentlich dazu bei, die Ziele sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Nachhaltigkeit in Einklang miteinander zu bringen und sie praktisch umzusetzen.
- Transformationsprozesse müssen mit Rücksicht auf die jeweiligen regionalen Gegebenheiten gestaltet werden. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sollten ihre Rolle als strukturpolitische Koordinatoren von regionalen Beteiligungsprozessen stärken. Die Politik muss die Gewerkschaften grundsätzlich an der Weiterentwicklung der Regional- und Strukturpolitik beteiligen. Branchendialoge müssen auf allen politischen Ebenen gestärkt und legislaturübergreifend gefestigt werden.
- Mit Blick auf die Klimaziele fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften eine „Just- Transition“ – einen gerecht gestalteten Übergang zu einer CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft, wie er auch im Klimaabkommen von Paris festgeschrieben wurde. Dazu gehört auch die Stärkung der Leistungs- und Innovationsfähigkeit industrieller Wertschöpfung. Es braucht gezielte industrie- und forschungspolitische Initiativen, damit Wertschöpfungsketten und Arbeitsplätze auch unter der Einhaltung ambitionierter Klimaziele erhalten bleiben.
- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen die Digitalisierung auch in den bestehenden Strukturen so gestalten, dass neue Angebote und bessere Arbeitsbedingungen geschaffen werden. Industriebranchen wie die Automobilindustrie, der Maschinenbau oder die chemische Industrie können durch die digitale Modernisierung profitieren, wenn dabei auf die Stärken dieser Branchen wie hohe Qualität, gut qualifizierte und motivierte Beschäftigte und Sozialpartnerschaft gesetzt wird. In vielen Dienstleistungs- und Handwerksbranchen kann die Digitalisierung ihre Vorteile entfalten, wenn Produktivitätsfortschritte in höhere Löhne und gegebenenfalls kürzere Arbeitszeiten münden, wenn sie den Menschen ihre Arbeit erleichtert und bessere Dienstleistungen hervorbringt, anstatt Arbeit zu verdichten und Kosten zu drücken.
- Die Forschungsausgaben müssen erhöht werden. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine Forschungspolitik, die dort inhaltliche Schwerpunkte setzt, wo Beiträge zur gesellschaftlichen Wohlfahrt, zum ökologischen Umbau geleistet werden. Die forschungspolitischen Programme dürfen nicht auf wenige Schlüsseltechnologien und prestigeträchtige Großforschungsprojekte konzentriert werden.
- Aus Sicht des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften darf Innovation auch nicht ausschließlich technologisch verstanden werden, sondern muss zugleich Fragen der Arbeitsbedingungen und der Organisation mit umfassen. Soziale Innovationen sind gleichwertig wie technologische Innovationen zu fördern. Die Rolle der Mitbestimmung bei Innovationsprozessen muss gestärkt werden.



- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine grundsätzliche Aufwertung sozialer und anderer Dienstleistungsberufe, zumal diese Berufe mit demografischem Wandel und Strukturwandel eine neue Bedeutung bekommen. Es braucht beispielsweise attraktivere Bedingungen und bessere Bezahlung in der Pflege, der Kinderbetreuung und im Bildungsbereich.

### **3.5. Gute Bildung für gute Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe**

Eine gute Bildungspolitik ist entscheidend für die Zukunft unserer Gesellschaft. Sie darf deshalb nicht einem föderalen Klein-Klein und Gegeneinander überlassen werden. Bund, Länder und Kommunen müssen zusammen mit den Sozialpartnern und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft eine gesellschaftliche Bildungsstrategie entwickeln. Eine solche Strategie sollte folgende Eckpunkte umfassen:

- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die Bundesregierung auf, die gemeinsam mit den Ländern beschlossenen Eckpunkte für ein Kita-Qualitätsentwicklungsgesetz anzuerkennen und ein solches Gesetz auf den Weg zu bringen. Nur so können eine dauerhafte finanzielle Beteiligung des Bundes und bundesweit vergleichbare hochwertige Standards wie die Fachkraft- Kind-Relation, die Berücksichtigung von Vor- und Nachbereitungszeiten und die Zeiten für Leitungstätigkeiten in Kindertagesstätten sichergestellt werden – und das unabhängig vom Träger. In sozialräumlich schwierigen Lagen müssen zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden, um die Chancen für Kinder aus benachteiligten Familien zu verbessern.
- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die Bundesregierung auf, einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz von der ersten bis zur zehnten Klasse einzuführen. Statt einfacher und offener Ganztagsangebote benötigen wir deutlich mehr qualitativ hochwertige und gebundene Ganztagschulen, die ein durchdachtes pädagogisches Gesamtkonzept haben und die Voraussetzungen für eine multiprofessionelle Zusammenarbeit aller Beschäftigtengruppen schaffen. So lassen sich Chancengleichheit und Inklusion verwirklichen. Dazu bedarf es eines neuen Ganztagsschulprogramms des Bundes sowie einer Finanzierung der Schulsozialarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden, die den bedarfsgerechten Ausbau an jeder Schule sicherstellt. In einem ersten Ausbauschnitt ist eine Größenordnung von einer Vollzeitstelle für Schulsozialarbeit pro 150 Schülerinnen und Schüler zu realisieren.
- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bekennen sich zur UN-Behindertenrechtskonvention. Eine Umsetzung der Inklusion an den Schulen wird aber nur gelingen, wenn die gesellschaftliche Zustimmung erhalten bleibt. Durch einen Stopp der Inklusion – wie sie einige Parteien jetzt fordern – wird kein Problem gelöst. Bestehende Probleme werden vielmehr fortgeschrieben. Inklusion erfordert eine gute Unterstützung, mehr Stellen für multiprofessionelle Teams sowie hohe Qualitätsstandards. Die finanzielle Ausstattung soll durch ein Bund-Länder-Programm für Inklusion verbessert werden.
- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften stellen fest, dass Erwerbsmigration schon lange gesellschaftliche Normalität ist. Die in den Bildungs- und Antidiskriminierungsberichten attestierte Benachteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund muss endlich beendet werden. Dafür müssen Angebote zum Erwerb der deutschen Sprache erweitert und der Unterricht in den Herkunftssprachen, insbesondere in den am weitesten verbreiteten Sprachen Polnisch und Türkisch, verstärkt werden.
- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sprechen sich für eine Ausbildungsgarantie aus, die jedem Jugendlichen den Weg zu einem Berufsabschluss öffnet. Diese Garantie sollte im SGB III verankert werden und für alle Jugendlichen

unter 25 Jahren gelten, die zum 30. September eines Jahres noch einen Ausbildungsplatz suchen. Diese Garantie sollte den Einstieg in das erste Ausbildungsjahr eines anerkannten Ausbildungsberufs (Berufsschulen, Bildungseinrichtungen) mit Übergang in betriebliche Ausbildung regeln. Die betriebliche Ausbildung hat dabei Vorrang.

- Mit dem Ausbau der ausbildungsbegleitenden Hilfen und der flächendeckenden Einführung und Verbesserung der Assistierten Ausbildung ist das betriebliche Ausbildungsangebot zu stärken. Doch ausschließlich mit rein betrieblichen Angeboten werden sich die Spannungen auf dem Ausbildungsmarkt nicht lösen lassen. In Regionen mit einem sehr angespannten Ausbildungsmarkt können – in Abstimmung mit den Sozialpartnern – betriebsnahe Ausbildungsplätze für mindestens dreijährige Ausbildungsberufe angeboten werden. Dabei ist der Wechsel in betriebliche Ausbildung anzustreben. Hierzu sollte ein Bund-Länder-Programm aufgelegt werden, um die Integration in Ausbildungs- und Arbeitsmarkt für alle in Deutschland lebenden Menschen zu ermöglichen. Die Kosten sind durch einen fairen finanziellen Ausgleich von den nicht- ausbildenden Betrieben zu tragen.
- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die bundesweite Einführung von kostenlosen Azubi-Tickets im öffentlichen Nahverkehr. Außerdem sehen wir die öffentliche Hand in der Pflicht, mehr günstigen, aber guten Wohnraum für Menschen in Ausbildung und Studium zu schaffen. An allen Hochschulstandorten gibt es Studierenden-Wohnheime. Für die Auszubildenden brauchen wir mehr Azubi-Wohnheime. Wohnen darf weder für Studierende noch für Auszubildende zu einem Luxusgut werden.
- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine umfassende BAföG-Novelle, die insbesondere einen regelmäßigen Inflationsausgleich, die deutliche Anhebung der Bedarfssätze und Freibeträge, die Absenkung des Darlehensanteils bis zur Vollförderung sowie die Abschaffung der Altersgrenzen beinhaltet. Auch ein berufsbegleitendes oder ein Studium in Teilzeit muss grundsätzlich förderungsfähig sein. Die Krankenversicherungspauschale muss altersunabhängig die tatsächlichen Kosten abdecken. Der DGB und die Mitgliedsgewerkschaften fordern den Bund auf, wieder ein echtes Schülerinnen- und Schüler-BAföG einzuführen, um allen Jugendlichen die gleichen Chancen auf ein Studium zu geben.
- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern einen Mittelaufwuchs für die Landeszentralen und die Bundeszentrale für politische Bildung sowie für die Volkshochschulen, um den Informationsbedarf zu decken und Beteiligung zu erhöhen. Notwendig sind zudem Bildungsurlaubsgesetze in allen Bundesländern mit bundeseinheitlichen, hohen Standards.

#### **4. Europas Vertrauenskrise überwinden**

Die deutsche Wirtschaft ist fest in Europa verankert. Der Großteil von importierten Vorprodukten der Industrie kommt beispielsweise aus den europäischen Nachbarländern, die zugleich auch gute Absatzmärkte für deutsche Güter und Dienstleistungen sind. Damit die bevorstehenden Transformationsprozesse erfolgreich und im Sinne der Beschäftigten bewältigt werden können, braucht es ein stabiles, finanziell und politisch gestärktes und soziales Europa. Spätestens seit der Euro- Krise, dem Rechtsruck in vielen europäischen Ländern und dem Brexit-Votum in Großbritannien steckt die Europäische Union aber in einer Krise. Die fast ausschließliche Ausrichtung der EU- Wirtschaftspolitik auf die Liberalisierung der Märkte und die damit vielfach verbundenen Absenkungen von Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards haben das Vertrauen vieler Menschen in den europäischen Entwicklungsprozess erschüttert.

Der einseitige Fokus auf die Einhaltung der europäischen Schuldenregeln und die Steigerung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit durch angebotsorientierte Strukturreformen hat auch in der EU einen Investitionsstau gefördert und die wirtschaftliche Erholung gebremst. Außerdem wurde die bisherige Erholung maßgeblich von der expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank gestützt, die diese Funktion nicht dauerhaft alleine erfüllen kann. Nach wie vor fehlt es an einer aktiven, gemeinsamen Industrie- und Dienstleistungspolitik. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise und der verfehlten EU-Krisenpolitik haben sich die regionalen Unterschiede wieder vertieft.

- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern deshalb zum einen kurzfristig einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik, der auf eine deutlichere Stärkung von Investitionen und der privaten Kaufkraft setzt.
- Zum anderen fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften, dass die Debatte über die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) genutzt wird, um geeignete Wege zu finden, die WWU dauerhaft zu stabilisieren. Um Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedstaaten der Eurozone abzubauen und zu bekämpfen, muss die einheitliche Geldpolitik mit einer besseren Abstimmung der Fiskal- und Wirtschaftspolitik einhergehen. Ziel muss dabei allerdings eine Konvergenz nach oben sein, hin zu einem hohen Niveau bei Investitionen, Löhnen, Nachfrage und damit Wachstum und guten Arbeitsplätzen.
- Dazu müssen Unsicherheiten, wie die Nachfrageschwäche in Folge der Eurokrise bekämpft werden. Für den Austritt Großbritanniens aus der EU (Brexit) muss ein möglichst konsensualer und sanfter Weg gefunden werden, der wirtschaftliche Verwerfungen vermeidet und die Interessen der Beschäftigten vollständig wahrt. Schutzrechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen dabei klar im Sinne einer Wahrung der bisher erworbenen Rechte und der legitimen Erwartungen geregelt werden. Es braucht eine klare Regelung der Finanzierungsfragen, insbesondere bezüglich der Ausstattung von Sozial- und Strukturfonds. Grundsätzlich sollte die EU deutlich kommunizieren, dass die Tür für einen Verbleib des Vereinigten Königreichs weit offen steht.
- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern politische Maßnahmen, die zu einer weiteren Ausweitung der privaten und öffentlichen Investitionen führen. Der Europäische Fonds für Strategische Investitionen (EFSI) muss nach dem Vorbild des DGB-Vorschlags für einen „Marshallplan für Europa“ umgebaut werden, um tatsächlich im notwendigen Umfang zusätzliche und sinnvolle Investitionen fördern und vor allem klassische öffentliche Investitionen finanzieren zu können. Solange der EFSI auf Investitionen in der Privatwirtschaft ausgerichtet ist, sollte er nicht gleichzeitig auf die Ko-Finanzierung von öffentlicher Daseinsvorsorge abzielen dürfen. Denn dadurch entsteht die Gefahr, dass er weiterhin als Förderinstrument für ÖPP-Projekte genutzt wird.
- Die im Europäischen Semester koordinierten Maßnahmen für eine kohärente Wirtschaftspolitik und den Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte in Europa müssen auf eine Stärkung von Wachstum und guter Beschäftigung ausgerichtet werden, anstatt auf Haushaltskonsolidierung und Deregulierung unter dem Deckmantel von Strukturreformen.
- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die europäische Politik auf, den Fiskalpakt abzuschaffen und die Defizit- und Schuldenregeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts wachstumsfreundlicher zu gestalten. Zumindest sollte eine „Goldene Regel“ dafür sorgen, dass öffentliche Investitionen nicht von den Defizitregeln erfasst werden. Ein weiterer Schritt zu einer gesamteuropäischen, expansiven Investitionspolitik wäre auch die Bündelung von öffentlichen Investitionen, wie sie der Europäische Gewerkschaftsbund im Vorschlag für ein „europäisches Schatzamt“ andenkt.

- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern für Europa eine expansivere und eine stärker koordinierte Fiskalpolitik. Es braucht einen europäischen „automatischen Stabilisator“, um eine stabile und gleichförmige Entwicklung der Mitgliedstaaten und eine Angleichung der verschiedenen Konjunkturzyklen zu erreichen. Dazu können ein größeres EU- und ein zusätzliches Eurozonenbudget mit einem Euro-Finanzminister ebenso beitragen wie ein spezieller europäischer Fonds und unter Umständen ein „Europäischer Währungsfonds“.
- Für alle diese Initiativen gilt: Sie dürfen nicht einseitig auf Haushaltskonsolidierung zielen, sie sollten gesamteuropäisch ausgerichtet sein, bedürfen demokratischer Kontrolle und dürfen keinesfalls an die Durchführung neoliberaler „Strukturreformen“ und Kürzungspolitik gekoppelt werden. Auch darf eine entsprechende „makroökonomische Stabilisierungsfunktion“, beziehungsweise „Fiskalkapazität“ nicht die bestehenden unterschiedlichen Systeme der Arbeitslosenversicherung gefährden. Eingriffe von europäischer Seite in die Gestaltung der nationalen Haushalte in den Mitgliedstaaten sind zu unterlassen.
- Zur Stabilisierung der Staatsfinanzierung fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften weiterhin gemeinsame europäische Anleihen. Ideen von EU-Seite für eine europäische „sichere Anlage“ müssen in diese Richtung weiterentwickelt werden.
- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine koordinierte Anstrengung, um die Lohnentwicklung wieder zu stärken. Die im Zuge der Anti-Krisenpolitik quasi zerstörten Tarifsysteme in manchen Ländern Europas müssen wiederhergestellt werden. Es braucht eine europaweite Stärkung der Tarifbindung und der regulären Beschäftigung.
- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern eine gemeinsame Industriepolitik in Europa, die dem zu erwartenden Transformationsprozess mit einer modernen Strukturpolitik begegnet.
- Eine starke Europäische Kohäsionspolitik muss wachsenden regionalen Disparitäten, wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten entgegenwirken. Die Mittel der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds sollen vor allem zur Sicherung und Schaffung von qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen verwendet werden. Die Strukturfonds müssen - über die Europa-2020- Ziele hinaus - insbesondere den Strukturwandel in Europa hin zu einer sozial-ökologischen Wirtschaft unterstützen. Das sichert langfristig die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft Europas und seiner Regionen.
- Im Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) wird die Höhe der Förderung immer noch an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit von Regionen gekoppelt. Zudem sollte eine Förderung künftig dann erfolgen, wenn eine Region, eine Branche oder ein Unternehmen nachweislich von einem Transformationsprozess betroffen ist und gleichzeitig Arbeitsplätze und Beschäftigung sichert.
- Der Fokus auf Deregulierung und Marktliberalisierung – insbesondere im Dienstleistungssektor – in der EU muss aufgegeben werden. Immer neuen Versuchen, sinnvolle Regelungen, wie die Meisterpflicht im deutschen Handwerk, anzugreifen oder soziale und arbeitsrechtliche Regulierung bei grenzüberschreitender Tätigkeit auszuhebeln, muss ein Riegel vorgeschoben werden.
- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bekräftigen ihre Forderung nach einem sozialen Fortschrittsprotokoll in den

EU-Verträgen. Soziale Rechte müssen endlich Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten der Unternehmen erhalten, damit das soziale Europa für die Beschäftigten kein reines Lippenbekenntnis bleibt.

## 5. Eine faire Globalisierung schaffen

Nicht nur in Europa, auch global muss der Pfad einseitiger Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik verlassen werden. Denn auch auf den globalen Finanz-, Dienstleistungs- und Gütermärkten hat sich eine grenzenlose Deregulierung als schädlich erwiesen. Bislang wurde es versäumt, die durch die Globalisierung bedingten Transformationsprozesse so zu gestalten, dass negative Auswirkungen vermieden werden, positive Effekte allen zugutekommen und die Entwicklung in sozial-ökologische Bahnen gelenkt wird. Deshalb fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften, die Globalisierung endlich gerecht und im Sinne der Nachhaltigkeitsziele der UN (SDGs) zu gestalten.

- Sorgfaltspflichten für Investoren und Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten müssen rechtlich verbindlich eingeführt werden und auch für ausländische Konzernaktivitäten und entlang ihrer Wertschöpfungsketten gelten. Eine rechtliche Haftung für die negativen Auswirkungen wirtschaftlicher Tätigkeit wäre ein Schritt. Entsprechende internationale Instrumente der OECD und der Vereinten Nationen gilt es zu stärken, implementierbar zu machen, zu ergänzen und weiterzuentwickeln.

- Unternehmen sollen die Menschenrechte achten. So sehen es die 2011 verabschiedeten „UN- Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte“ vor. Demnach sollen Arbeitgeber u.a. auf Kinderarbeit verzichten, die Diskriminierung von Beschäftigten unterbinden und das Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Vereinigungsfreiheit respektieren. Doch die praktische Umsetzung der Leitlinien kommt nur schleichend voran. Es müssen klare Regeln geschaffen werden, auf die sich Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter im Alltag berufen können. Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen in globalen Wertschöpfungsketten muss der Zugang zu rechtlicher Abhilfe erleichtert werden.

Deshalb werden der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die Umsetzung und Evaluierung des Nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) weiterhin begleiten, dessen Schwachstellen in der Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten deutscher Unternehmen identifizieren und Vorschläge zu ihrer Behebung machen.

- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern, Handelsabkommen so auszugestalten, dass sie einen gerechteren Welthandel befördern und Dumpingwettbewerb verhindern. Dazu hat der DGB einen umfangreichen Kriterienkatalog erstellt.

Unter anderem müssen die Handelsabkommen transparent verhandelt werden und umfassende Regelungen zum Schutz von Beschäftigten beinhalten. Es braucht zivilgesellschaftliche Gremien, die Verstößen gegen Verpflichtungen im Bereich der Sozial- und Umweltstandards nachgehen und Verfahren einleiten können, um Abhilfe – in letzter Instanz auch in Form von Sanktionen – zu schaffen. Regulatorische Kooperation darf die Verbesserung bestehender Arbeits-, Gesundheits- und Umweltvorschriften nicht erschweren, verzögern oder gar verhindern. Die grenzüberschreitende Entsendung von Beschäftigten sollte nicht in Handelsabkommen geregelt werden. Regeln des Investorenschutzes, die ausländischen Investoren zusätzliche materielle Rechtsansprüche und Klagemöglichkeiten geben und diese damit tendenziell in die Lage versetzen, staatliche Regulierung im Gastland unter Druck zu setzen, sind abzulehnen.

Der Anspruch, universellen Zugang zu Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zu haben, muss Vorrang haben vor einer weiteren Liberalisierung des Marktes und dem Abbau von Regulierungen. Daher dürfen öffentliche Dienstleistungen nicht Teil von Handelsabkommen sein und müssen explizit mittels einer umfassenden Ausnahmeklausel ausgenommen werden. Klauseln in internationalen Verträgen, die einen Automatismus zu immer weniger staatlichen Eingriffen und

immer mehr Marktfreiheit bewirken, sind abzulehnen: So sind beispielsweise ein Negativlistenansatz in Handelsabkommen, der Liberalisierungsverpflichtungen für alle Sektoren und Wirtschaftsbereiche festschreibt, die nicht explizit ausgenommen sind, und so genannte Ratchet- und Standstillklauseln, die stets das höchste Liberalisierungsniveau festschreiben, inakzeptabel.

- Bildungs- und Teilhabechancen sind Grundpfeiler des Abbaus von Ungleichheiten und somit fairer Globalisierung. Sie müssen stärker gefördert werden.
- Der Weltwirtschaft fehlt seit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems eine monetäre Ordnung. Abhilfe könnte aus Sicht des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften ein globales Wechselkursregime mit politisch definierten Wechselkursen innerhalb eines Wechselkurskorridors zwischen den wichtigsten Leit- und Anlagewährungen schaffen.
- Steueroasen müssen weltweit trockengelegt werden. Eine Finanztransaktionssteuer (FTT) muss den Finanzmarkt entschleunigen. Alle Akteure am Finanzmarkt, wie Banken und Schattenbanken, insbesondere Hedgefonds und Finanz-Zweckgesellschaften, müssen außerdem den gleichen Regulierungsvorschriften unterliegen und gleich hohe, der Finanzmarktstabilität angemessene Eigenkapitalquoten aufweisen. Finanzmarktprodukte müssen von einer öffentlichen Zulassungsstelle (Finanzprodukte-TÜV) auf ihren volkswirtschaftlichen Nutzen geprüft und beim Vorliegen von Risiken gegebenenfalls verboten werden. Banken dürfen keinen Eigenhandel mit Finanzprodukten betreiben.